FH-SF-01-001-5

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 1 bis 2:
~~Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist.~~

Unsere freie Gesellschaft und ihre Werte sind heute vielfältigen Angriffen ausgesetzt. Wir sehen uns bedroht durch menschenverachtenden Terror, wir beobachten mit Sorge den zunehmenden Fremdenhass und das offene Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und den Medien. Eine übertriebene und in der Sache wenig effektive Politik der permanenten Ausweitung von Überwachungsbefugnissen schwächt die Freiheit und bringt nicht mehr Sicherheit. Wir wollen den liberalen Rechtsstaat stärken und verteidigen. Der liberale Rechtsstaat schützt die vielfältigen Lebensweisen eines jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft - diese Vielfalt macht unsere europäische Lebensart aus. Er setzt Fanatiker*innen, Faschisten und Reichsbürger*innen rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und Massenüberwachung die Grenzen und gewährleistet effektive Strafverfolgung.

Ein starker Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit bewahrt. Grüne Sicherheitspolitik adressiert konkrete Probleme und findet passende Lösungen. Mehr Überwachung heißt mehr Sicherheit - dieser Ansatz überzeugt uns nicht.

Begründung

mündlich.

Der Antrag steht in Verbindung mit der ebenso eingereichten Streichung von " Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch Rechtsextreme wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und Massenüberwachung.", welche technisch nicht gemeinsam mit dieser Änderung eingereicht werden konnte.

Unterstützer*innen

Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Malte Spitz (Unna KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Arnhilt Kuder (Heidelberg KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marie Schäffer (Potsdam KV); Kai Bojens (Stade KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Svea Balzer (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Marcel Emmerich (Ulm KV); Bernhard Kern (Berlin-

Mitte KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Marius Kühne (Münster KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Kirsten Bock (Plön KV); Robert Wagner (Rostock KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Moritz Heuberger (Heidenheim KV); Arno Hoffmann (Berlin-Neukölln KV); Christopher Steiner (Hannover RV)